

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirkes

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint wöchentlich an allen Freitagen monatlich 2 RM frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM zuzüglich Schiffsgebühren. Die Zusendung erfolgt durch den Postboten, ansonsten durch den Postboten oder durch die Postanstalten. Die Abnahme durch Briefkasten erfolgt ebenfalls durch den Postboten. Die Zustellung erfolgt durch den Postboten. Die Zustellung erfolgt durch den Postboten. Die Zustellung erfolgt durch den Postboten.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist im Auftrag des Reichsausschusses für den Wilsdruffer Bezirk erschienen. Die Zustellung erfolgt durch den Postboten. Die Zustellung erfolgt durch den Postboten. Die Zustellung erfolgt durch den Postboten.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rosßen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 242 — 95. Jahrgang

Druckanschrift: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag, den 15. Oktober 1936

Die Gesundung der Landwirtschaft

Um Schulden und Zinsen — Die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft

Seit mehreren Jahren wird in gemeinsamer Bearbeitung vom Reichsnährstand und der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt die Entwicklung der Verschuldungslage und des Zinsendienstes der deutschen Landwirtschaft untersucht. Es ist selbstverständlich, daß diese Arbeit von besonderem volkswirtschaftlichen Interesse ist, denn durch diese Untersuchungen gewonnenen Vergleichsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Betriebsgrößengruppen und den einzelnen Wirtschaftsgebieten lassen wichtige kreditpolitische Rückschlüsse zu.

Die neuerliche Veröffentlichung weist gegenüber den früheren namentlich insofern eine Veränderung auf, als in den Mittelpunkt insbesondere die Darstellung der Kreditlage der Erbhöfe getreten ist. In Anbetracht der bisherigen Erfolge bei den anderen landwirtschaftlichen Betrieben im Hinblick auf die Schuldentilgung und die Senkung der Zinslasten sowie der durch die nationalsozialistische Agrarpolitik herbeigeführten Steigerung der Verkaufserlöse bleibt eben als wichtigste Lösung der Zukunft die Entschuldung der Erbhöfe, die durch die Verordnung vom 20. Juni 1936 in Angriff genommen worden ist. Höhe, Struktur und Entwicklung der Erbhöfer Verschuldung während des Wirtschaftsjahres 1934/35 werden in allen Einzelheiten dargestellt. Darüber hinaus sind in den ost- und mitteldeutschen Betrieben die Betriebe unter Erbhöfgröße zum Vergleich herangezogen. Besonderen Wert gewinnt die jetzt vorliegende Arbeit durch die Tatsache, daß die Erhebung für das Wirtschaftsjahr 1934/35 auf rund 13.500 Betriebe ausgedehnt wurde, während in den Vorjahren nur 6000 bis 8000 Betriebe in die Untersuchung einbezogen wurden. Zum erstenmal wurden auch die Gebiete nach Landesbauernschaften und Landesbauernschaftgruppen geordnet, um so zu einer für die heutigen Verhältnisse praktikableren Uebersicht zu kommen. Daneben blieb die Einteilung in die Wirtschaftsgebiete Ostdeutschland, Mitteldeutschland, Nordwestdeutschland und Westfälischdeutschland bestehen. Nicht einbezogen werden konnten die Ergebnisse der Landesbauernschaft Saarpalz, da hier das landwirtschaftliche Buchstabenwesen noch im Aufbau begriffen ist, und das notwendige Material daher noch nicht vorlag.

Die Ergebnisse der vom Reichsnährstand und der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt gemachten Untersuchung zeigen nun, daß die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft auch im Wirtschaftsjahr 1934/35 (vom 1. Juli 1934 bis zum 30. Juni 1935) weiter zurückgegangen ist. Und zwar macht der Rückgang für diese Zeit etwa 2,0 v. H. aus. Die Verallgemeinerung der nach der vorliegenden Untersuchung ermittelten Werte ergibt für den 1. Juli 1934 eine absolute Höhe der Verschuldung von 11,6 Milliarden Mark. Dagegen ist die Verschuldung nach dem Stand vom 1. Juli 1935 auf etwa 11,3 Milliarden Mark festgesetzt. Nicht berücksichtigt ist dabei die Belastung der Landwirtschaft mit Renten- und Altenteilen, die nach dem Stand vom 1. Juli 1935 etwa eine Milliarde Mark betragen hat. Aus der Verschuldungsbewegung ist zu erkennen, daß die Bauern und Landwirte in gewissem Umfang in der Lage waren, Kreditrückzahlungen vorzunehmen. Weiter erklärt sich der Verschuldungsrückgang aus den Auswirkungen der Umschuldungsmaßnahmen der Osthilfe und des Schuldentilgungsgesetzes. Vor allen Dingen kommt in dem Verschuldungsrückgang auch schon zum Ausdruck, daß in einem großen Teil der deutschen Landwirtschaft, namentlich bei den Erbhöfen, die sonst jährlich zu beobachtende Reverschuldung aus Kauf und Erbgang nicht mehr eintritt.

Während die Verschuldung der Erbhöfe — in Mark je Flächeninheit berechnet — in Mitteldeutschland und in Nordwestdeutschland geringer war als bei den Großbetrieben, war die bäuerliche Verschuldung in Ostdeutschland wesentlich stärker als die der Großbetriebe. Nach dem Stand vom 1. Juli 1935 machte die Verschuldung der Erbhöfe hier 737 Mark je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche aus. Für Mitteldeutschland lauteten die entsprechenden Zahlen für die Erbhöfe 702 Mark, für die Großbetriebe 752 Mark, und für Nordwestdeutschland 552 Mark für die Erbhöfe und 572 Mark für die Großbetriebe. Für Westfälischdeutschland liegen in Anbetracht der Struktur der dortigen Landwirtschaft Untersuchungen über die Großbetriebe nicht vor, wie auch für Ostdeutschland, für Mitteldeutschland und für Nordwestdeutschland hier keine Zahlen über die Betriebe unter Erbhöfgröße aufgefunden sind. Für Westfälischdeutschland ist die Verschuldung der Erbhöfe und der landwirtschaftlichen Betriebe unter Erbhöfgröße gegenübergestellt: sie beträgt für Erbhöfe 468 Mark und für die Betriebe unter Erbhöfgröße 513 Mark je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe in Westfälischdeutschland zeigen gegenüber den bäuerlichen Betrieben vor allen Dingen eine höhere

Ministerrat in Paris und London.

Der Straßburger Zwischenfall — Das Vordringen des Bolschewismus in Frankreich und England.

In Paris und in London hatten die Kabinette Beratungen, in denen einmal die außenpolitischen, aber auch die durch das alliierte Vorgehen der Bolschewisten entstandenen innerpolitischen Fragen zur Erörterung standen.

Der französische Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zusammentrat, hat sich natürlich auch mit dem Straßburger Zwischenfall beschäftigt. Wie man aus Paris erfährt, hat der französische Ministerpräsident Léon Blum im Anschluß an den deutschen Protestschritt den Kommunistenführer Thorez um sofortige Vorlage eines Stenogramms seiner Rede ersucht. Thorez hat darauf entgegnet, daß er den Text seiner Rede in der kommunistischen Presse veröffentlichen werde. Ist dieses erfolgt, wird die Volksfrontregierung prüfen, ob Abschnitte der Rede gegen das Gesetz über Verleumdung ausländischer Staatsoberhäupter verstoßen.

Im übrigen beschäftigte sich der Ministerrat mit den Finanzreformgesetzen, die dem Parlament vorgelegt werden sollen, und auch über

die immer häufiger werdende Preissteigerung gerade für Waren des täglichen Bedarfs. Nach einer Mitteilung der Präfektur in Bordeaux hat sich z. B. dort die Lebenshaltung beträchtlich verteuert. Die Milchziffer vom 10. Oktober stellt sich auf 555,20 gegen 505,66 im Juni 1936. In Paris wird am 16. Oktober der Milchpreis um 10 Centimes für das Liter erhöht werden.

Streiksperren auf wichtigen Schiffsahrtskanälen

Der von Kommunisten eingeschickte Streik der Flußschiffer, der sich auch auf das Gebiet der Marne ausgedehnt hat, erfuhr eine weitere Verschärfung dadurch, daß die streikenden Schiffer mit ihren Fahrzeugen Sperren über den Rhein-Marne-Kanal und über den Marne-Loire-Kanal in der Gegend von Vitry-le-François errichtet haben. Dadurch wird der gesamte Verkehr auf diesen beiden wichtigen Wasserstraßen abgebrochen und jede Zufuhr für die zahlreichen Industriebetriebe unmöglich gemacht. Auch auf der Seine oberhalb und unterhalb von Paris, wo die Schiffer, wie gemeldet, seit mehreren Wochen im Streik stehen, sind mehrere Kahnbarrieren zusammengeführt worden, die den gesamten Flußverkehr stilllegen.

Arbeitswillige müssen auf marxistischen Gewerkschaftsbefehl feiern

Wie aus Toulcoing gemeldet wird, sollen 479 von insgesamt 811 Arbeitern einer Wollspinnerei, die auf Befehl des marxistischen Gewerkschaftsverbandes (C.G.T.) die Fabrik besetzt hielten, eine Witterfrist um Wiederaufnahme der Arbeit eingereicht haben. Bisher sei es jedoch nicht möglich gewesen, dem Wunsche der Mehrheit der Arbeiter zu entsprechen, und das Werk sei weiterhin besetzt.

Belastung bei den Realschulden, während die Aufwertungs-schulden in den kleinen Betrieben niedriger sind. Die Verschuldungsabnahme der Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1934/35 um rund 2 v. H. bedeutet einen durchschnittlichen Rückgang der Schulden um 12 Mark je Flächeninheit.

Eine Untersuchung der Gesamtschulden unter Aufstellung in Aufwertungs-, Real- und Personalschulden läßt erkennen, daß es zwischen den bäuerlichen und den landwirtschaftlichen Betrieben in den einzelnen Wirtschaftsgruppen grundsätzliche Unterschiede nicht gibt. In Ostdeutschland, in Mittel- und in Nordwestdeutschland ist in den bäuerlichen Betrieben der Anteil der Aufwertungs-schulden an der Gesamtverschuldung ebenso groß wie in den größeren landwirtschaftlichen Betrieben. In den westdeutschen kleinen landwirtschaftlichen Betrieben treten die Aufwertungs-schulden dagegen anteilmäßig sehr zurück. Auf die Realschulden entfallen in den bäuerlichen und landwirtschaftlichen Betrieben jeweils fast die gleichen Anteile an der Gesamtverschuldung, ein Verhältnis, das ebenso für die Personalschulden gilt. Dagegen läßt sich feststellen, daß mit steigender Betriebsgröße sowohl je Flächeninheit als auch anteilmäßig die Renten- und Altenteilschulden abnehmen.

Darüber hinaus lassen die Untersuchungen erkennen, daß auch im Wirtschaftsjahr 1934/35 der Zinsendienst in der Landwirtschaft zurückgegangen ist, und zwar ist hier die Entlastung stärker als der Rückgang

Unerwünschter Besuch Litwinows in Paris

Sehr unerwünscht für die französische Regierung ist unerwartet der Außenkommissar der Sowjets, Litwinow, plötzlich in der französischen Hauptstadt eingetroffen. Die französische Öffentlichkeit nimmt an, daß es das Ziel des Sowjetagenten ist, die französischen Hilfstuppen der Sowjets noch mehr zugunsten der zusammenbrechenden spanischen Volksfront zu mobilisieren. Man nimmt vor allem an, daß Litwinow auf die französische Regierung einen starken Druck ausüben will, damit diese die fatalistische Sowjetrepublik als selbständiges Staatswesen anerkennt.

Auf jeden Fall dürfte der Moskauer Sendling die Führer des französischen Bolschewismus aufstacheln, und man nimmt in Pariser politischen Kreisen an, daß die Straßburger Rede des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Frankreichs, Thorez, nicht ohne vorherige Verhandlung mit den Vertretern der Sowjetregierung gehalten worden ist. Die französische Zeitung „Matin“ meint, daß Litwinow es ferner nötig habe, sich durch persönliche politische Erfolge bei den maßgebenden Männern des Moskauer Krems in ein besseres Licht zu setzen.

„Vorsichtige Provokationen“

Frankreichs Presse sucht die Thorezrede abzuschwächen

Die Erregung in den europäischen Staaten über die Straßburger Rede des französischen Kommunisten Thorez ist immer noch sehr groß. Von den italienischen Zeitungen anerkennt „Popolo di Roma“ die berechtigte Entrüstung des deutschen Volkes und unterstreicht die würdige Haltung der deutschen Presse, die zwar in scharfer Form reagiert, aber trotzdem ihre beherrschte Haltung bewahrt hat, wodurch der Protest der Reichsregierung nur noch mehr Gewicht und Bedeutung erhalte. Der Pariser Korrespondent des „Messaggero“ bezeichnet das kommunistische Vorgehen als „vorsichtige Provokation, mit denen die Zierracht zwischen dem roten Frankreich und dem Deutschland Hitlers verschärft werden soll“. — Uebersichtlich wird aus Paris das Bekleben der französischen Regierungstreife zur Abschwächung des Zwischenfalls erwähnt.

Die gesamte Pariser Presse beschäftigt sich mit dem Schritt, den der deutsche Geschäftsträger am Canal d'Orsan, dem Sitz des französischen Auswärtigen Amtes, unternommen hat. Der „Matin“ spricht von einer deutschen Note, die absichtlich maßvoll und höflich gehalten sei.

Die kommunistischen Randgebungen in Straßburg, die Karikatur des Führers und die reduzierten Ausfälle Thorez hätten nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Ländern sehr lebhaft Erregung ausgelöst, die mit Frankreich zu einer europäischen Friedenspolitik zu gelangen versuchten.

„Petit Parisien“ kommt mit der Ausrede, Thorez sei nicht Mitglied der französischen Regierung, und seine

der Veranlassung, während die Veranlassung — wie oben dargestellt — um 2 v. H. abgenommen hat, ist bei den Zinsen eine Entlastung um mehr als 10 v. H. festzustellen gewesen. Gegenüber dem Höchststand der Zinsbelastung im Wirtschaftsjahr 1931/32 hat die Zinslast der deutschen Landwirtschaft eine Abnahme um mehr als ein Drittel erfahren. Während die Zinslast im Wirtschaftsjahr 1931/32 1,01 Milliarden Mark ausmachte, ist für das Wirtschaftsjahr 1934/35 ein Betrag von 0,65 Milliarden Mark errechnet worden. Die günstigen Auswirkungen der nationalsozialistischen Agrarpolitik werden am deutlichsten bei einem Vergleich zwischen Zinslast und Verkaufserlösen. Im Wirtschaftsjahr 1931/32 verlangte die Zinslast allein 13,6 v. H. der Verkaufserlöse, im Wirtschaftsjahr 1934/35 ging dieser Anteil auf 7,8 v. H. zurück.

Ein Vergleich dieser Zahlen beweist, daß dadurch die Voraussetzungen für die zahlreichen Betriebsinvestitionen in der Landwirtschaft geschaffen wurden, durch die wiederum erst die Erfolge in der Erzeugungsschlacht möglich waren. Die Entwicklungstendenzen in der Kreditlage der deutschen Landwirtschaft lassen erkennen, daß sich der günstige Fortschritt auch in Zukunft feststellen lassen wird. Nebenfalls ist durch die hier erstens feststellbare Entwicklung eindeutig zu beweisen, daß die Maßnahmen der nationalsozialistischen Agrarpolitik den Gesundungsprozess der Landwirtschaft mit größtem Erfolge eingeleitet und weitergeführt haben. Karlheinz Bachhaus